





BG 13 Politik und Wirtschaft	Exkursion nach Brüssel	09.11. - 10.11.2016
 	„Europäische Politik live erleben“ SchülerInnen berichten	 

Kooperatives und kollaboratives Lernen in Brüssel – EU-Politik zum Anfassen Gemeinsame Exkursion der PoWi-Kurse von ARS und PPC nach Brüssel

Brüssel 09.11.- 10.11.2016. Ein starkes Programm stand für beide Politik- und Wirtschaftskurse des Beruflichen Gymnasiums der Peter-Paul-Cahensly und der Adolf-Adolf-Reichwein Schule auf der Agenda. Bevor der Hahn zu krähen begann, saßen Schülerinnen und Schüler der Tutoren Dr. Christine Schneider und Roland Gawinski, Initiator der jährlichen Exkursion, im ICE nach Brüssel.

Parlamentarium

Bereits um 10:00 Uhr betrat die Gruppe das Parlamentarium, das Besucherzentrum des Europäischen Parlaments und zugleich das Größte seiner Art in ganz Europa. Hier nahmen die Schülerinnen und Schüler an einem interaktiven digitalisierten Rollenspiel teil, um politische Strukturen und Prozesse kennenzulernen. Sie wurden per Zufallsprinzip Parteien zugeordnet: der Traditions-, Ökologie-, Freiheits- und der Solidaritätspartei.



Es galt, über zwei Thematiken der fiktiven Kommission, welche als einziges Organ das Initiativrecht für Gesetzesvorschläge inne hat, zu debattieren. In dem einen ging es um die zukünftige Wasserversorgung in der Europäischen Union, in dem anderen

um ein Chipimplantat zur Personenkennung für EU-Bürger und dessen Verwendung, zum Beispiel zu Sicherheits- oder Gesundheitszwecken.





Die Parteien, also die Schülerinnen und Schüler, teilten sich selbst auf die jeweiligen Themen auf und hatten die Aufgabe, sich virtuell bei Experten, Lobbyisten und Bürgern zu informieren, um danach in Ausschüssen über Details und Änderungsvorschläge zu verhandeln. Über Ausschusskompromisse wurden dann im Parlament abgestimmt.



Gab es eine Mehrheit für einen Kompromiss, so wurde die Vorlage dem virtuellen Ministerrat vorgelegt. Dieser besteht aus den jeweiligen, thematisch passenden Ressortministern aller EU-Mitgliedsstaaten. In beiden Fällen konnte kein Kompromiss zwischen Parlament und Rat gefunden werden, sodass sich die jeweiligen Ausschüsse erneut beraten mussten. Der allgemeine Konsens unter Schülerinnen, Schülern sowie Tutoren war, dass das Rollenspiel gute Einblicke in die parlamentarische Arbeit gegeben hat, interessant und aufschlussreich war und großen Spaß gemacht.

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Nach dem Besuch im Parlamentarium besuchte die Gruppe einen Vortrag über den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, kurz: EWSA.

BG 13 Politik und Wirtschaft	Exkursion nach Brüssel	09.11. - 10.11.2016
 	„Europäische Politik live erleben“ SchülerInnen berichten	 

Heinrich Bultmann, der in Brüssel sowohl für den EWSA als auch für den Ausschuss der Regionen als Übersetzer arbeitet, schilderte Zweck, Arbeit und Kompetenzen des EWSA, welcher sich aus 350 Mitgliedern aus allen 28 Mitgliedsstaaten der EU zusammensetzt, wobei die Anzahl der Abgeordneten pro Staat entsprechend der jeweiligen Einwohnerzahlen und Wirtschaftskraft festgelegt wird.



Die Mitglieder werden von ihren nationalen Wirtschaftsministerien vorgeschlagen und teilen sich in drei Gruppen: Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Interessensvertreter. Der Ausschuss gliedert sich in sechs Fachgruppen, welche zu unterschiedlichen Themen befragt werden. Plenartagungen finden neunmal im Jahr statt. Die Hauptaufgabe des EWSA ist die Erstellung von öffentlichen Stellungnahmen zu Themen, die ihm die Europäische Kommission vorschlägt. Er kann aber auch ohne Vorschlag in eigenem Interesse Initiativstellungnahmen zu Themen verfassen, die er als wichtig erachtet und auf die er die Aufmerksamkeit der Kommission lenken möchte. Je nach Thema findet sich dann eine Gruppe von drei bis achtzehn Mitgliedern aus der zuständigen Fachgruppe in einem Unterausschuss zusammen und berät gemeinsam über den Inhalt der Stellungnahme. Hierbei ist das Ziel, dass ein Kompromiss zwischen den unterschiedlichen Interessenvertretern zustande kommt, sodass eine eindeutige Stellungnahme verfasst werden kann. Der EWSA kann somit auf die Beschlüsse des Parlamentes entscheidenden Einfluss nehmen, da alle seiner jährlich 150 bis 200

Stellungnahmen von der Kommission gesichtet werden müssen. Im Durchschnitt werden ca. 80% der Stellungnahmen bei Gesetzesentwürfen zumindest teilweise berücksichtigt.





Landesvertretung Hessen in Brüssel

Im Gebäude der Hessischen Landesvertretung (21, Rue Montoyer B-1000 Bruxelles) informierte Herr Christoph Heider über „Hessen in Europa - Die Aufgaben der Europäischen Union und die Bedeutung für Hessen“.



Herr Heider thematisierte zunächst das Verhältnis zwischen europäischem und nationalem Recht und dessen Einfluss auf Hessen. Beispielsweise habe EU-Recht maßgebliche Auswirkungen auf Entscheidungen über den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden oder auf den Weinanbau in Hessen, welcher durch die europäische Weinmarktordnung eingeschränkt sei. Ebenso sei der Finanzstandort Frankfurt, viele Unternehmen und vor allem die in Hessen weit verbreitete Landwirtschaft abhängig von der Europäischen Union, ihrer Politik und Förderungen.



BG 13 Politik und Wirtschaft	Exkursion nach Brüssel	09.11. - 10.11.2016
 	„Europäische Politik live erleben“ SchülerInnen berichten	 





Auch Forschungsprogramme von hessischen Universitäten würden durch die EU unterstützt. Bildung läge generell im Interesse der Europäischen Union, da diese die Zusammenarbeit von Universitäten und Schulen auf internationaler Ebene sowie die Vereinheitlichung der Bildungssysteme vorantreiben wolle. Da Hessen maßgeblich finanziell von der Europäischen Union profitiere, sei eine eigene Vertretung zwingend notwendig und gerechtfertigt, denn wäre Hessen ein eigenes Land, hätte es das zweithöchste BIP in der gesamten EU. Um dies zu erhalten, müsse Hessen in Brüssel vertreten sein. Allerdings übe die Landesvertretung auch inoffiziellen Einfluss auf die europäische Politik aus um regionale Interessen zu vertreten, welche in ganznationalen Stellungnahmen der offiziellen Vertretungen manchmal „untergingen“. Herr Heider sprach danach über die Geschichte der hessischen Präsenz in Brüssel, welche 1986 ihren Anfang genommen hat. In diesem Jahr beschloss die damalige Regierung unter Holger Börner deren Errichtung. Die Arbeit wurde 1990 aufgenommen und verlagerte sich 2013 in ein neues, modernes Gebäude, welches Hessen als wichtigen Wirtschaftsstandort gebührend repräsentiert. Seit jeher fungiert die Landesvertretung als Ort, an dem sich hessische Politiker, welche ihr Amt in Deutschland oder Belgien ausüben, treffen und über die Zukunft des Bundeslandes diskutieren und beraten, um Wohlstand und Wachstum zu garantieren. Außerdem ist sie Schauplatz für viele Veranstaltungen und Konferenzen, Seminare, Diskussionsrunden und Besucherempfänge. Die Schülerinnen und Schüler erlebten einen sehr informativen Vortrag und konnten Fragen zu stellen, welche Herr Heider fundiert und umfassend beantwortete.



Parlamentarischer Abend

Zu späterer Stunde fand in der Hessischen Landesvertretung, ein Parlamentarischer Abend der Deutschen Luftverkehrswirtschaft statt, mit dem Thema „Klimaschutzbeschlüsse der ICAO – Vollversammlung und Luftverkehrsstrategie für Europa – Welche Fortschritte sind möglich?“. Der Abend wurde vom Präsident des Bundesverbands der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) und Vorsitzender des Vorstands der Fraport AG Dr. Stefan Schulte eröffnet. Es wurden zwei Hauptthemen konkretisiert: Zum einen die Luftverkehrsstrategie der Europäischen Kommission, welche sich mit der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Europas beschäftigt sowie die große Herausforderung, europäische Flughäfen gewinnbringend zu betreiben. Zum anderen wurden die Ziele zur Emissionssenkung im Luftverkehr thematisiert. Im ersten Panel diskutierten

- Ismail Ertug MdEP , Koordinator der S&D-Fraktion im Verkehrsausschuss des EP
- Filip Cornelis, Amtierender Direktor Luftfahrt, Generaldirektion Mobilität und Verkehr Europäische Kommission
- Christine Behle, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand
- Michael Garvens, Vorsitzender der Geschäftsführung Flughafen Köln/Bonn
- Peter Gerber, Vorstandsvorsitzender der Lufthansa Cargo AG

BG 13 Politik und Wirtschaft	Exkursion nach Brüssel	09.11. - 10.11.2016
 	„Europäische Politik live erleben“ SchülerInnen berichten	 

- Prof. Klaus-Dieter Scheurle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutsche Flugsicherung GmbH



Es wurde versucht, Lösungen für die schwindende Wettbewerbsfähigkeit europäischer Flughäfen zu finden. Diese sei zum Beispiel in der staatlichen Finanzierung anderer, internationaler Flughäfen zu begründen, welche sich so dem Wettbewerb entziehen könnten. Außerdem stehe man vor dem Problem, dass ausländische Unternehmen ihre Mitarbeiter nach anderen Tarifen bezahlen könnten und somit weniger Betriebskosten stemmen müssten. Diese „Billigfliegerairlines“ hätten so die Möglichkeit, Flüge zu besseren Preisen anbieten zu können. Im Folgenden wurden Rahmenbedingungen für einen fairen, europäischen oder sogar weltweiten Flugverkehr diskutiert. Im zweiten Panel wurden Ziele und Maßnahmen der Emissionssenkung in Anbetracht eines wachsenden Marktes besprochen.

Die Teilnehmer waren

- Michael Cramer MdEP, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments
- Michael Gahler, stellv. Mitglied des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments
- Filip Cornelis, s.o.

- Karl-Ulrich Garnadt, Mitglied des Vorstandes der Lufthansa Group

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer darin, dass der Flugverkehr besser koordiniert, Flughäfen und Flüge besser geplant und Luftverkehr besser reguliert werden müsse, um Emissionen wirksam zu senken. Nach der Debatte hatten die Schülerinnen und Schüler bei einem get together die Möglichkeit, mit den Diskutanten und geladenen Gästen zu sprechen und Kontakte zu knüpfen.





SEDE Ausschuss



Der nächste Tag begann mit dem Besuch des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung des EP. Begleitet von Herrn Markus Pösentrup, einem Mitarbeiter von Herrn Gahler MdEP, besuchten wir die Debatte, welche das Thema einer gesamteuropäischen Armee aufgriff. Diese Idee, die es bereits seit 15 Jahren existiert, erlangte nach der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten neue Priorität.



Die verschiedenen Fraktionen waren sich fast ausnahmslos darüber einig, dass es nun an der EU läge, die Themen Verteidigung

BG 13 Politik und Wirtschaft	Exkursion nach Brüssel	09.11. - 10.11.2016
 	„Europäische Politik live erleben“ SchülerInnen berichten	 

und Sicherheit in die eigene Hand zu nehmen und NATO-Verträge, welche einen höheren Verteidigungsetat vorsähen, einzuhalten.



Besuch des Europäischen Parlaments und Gespräch mit Herrn Gahler (MdEP)

Nach dem Besuch im SEDE-Ausschuss und einem Mittagessen im Europäischen Parlament, bot sich den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, zunächst mit Herrn Markus Pösentrup, Büroleiter von Herrn Gahler (MdEP), und dann mit Herrn Gahler selbst über die Europäische Union und ihre Wahrnehmung in den Medien und bei den Bürgern zu sprechen. Herr Gahler machte am Beispiel der Duschkopf-Verordnung deutlich, dass man die Bemühungen der Arbeit auf europäischer Ebene auch gründlich missverstehen könne: Die EU würde dafür kritisiert sich in zu viele Kleinigkeiten einzumischen, dabei hätten EU-Vorschriften mit dem Ziel der Senkung des Wasserverbrauchs und damit der Reduktion des Energieverbrauchs für das Erhitzen des Wassers eine enorm hohe Wirkung, weil sie in 28 Staaten gleichzeitig Einzug hielten.







Auch die Themen Entwicklungspolitik, TTIP und die Flüchtlingskrise konnten kurz aufgegriffen werden, bevor Herr Gahler wieder zu einem nächsten Termin eilte. *Herzlichen Dank an das gesamte Team um Herrn Michael Gahler!*

Hanns Seidel Stiftung



Aber auch die Schülerinnen und Schüler mussten sich beeilen, um ihren letzten Programmpunkt wahrzunehmen. Sie wurden bereits in der Hanns Seidel Stiftung, in der Rue du Trone, von Frau Katharina Patzelt (Programm Managerin) erwartet. Die Hans Seidel Stiftung wird vom Bundesministerium für Wirtschaft finanziert und stellt die Hilfe zur Selbsthilfe auf bildungs-(politischer) Ebene in den Vordergrund ihrer entwicklungspolitischen Projekte, z.B. die Förderung von Demokratie und Rechtstaatlichkeit, die Bedeutung und Wahrung der Menschenrechte und die Rolle der Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang usw.. Aufgabe des Brüsseler Büros ist u.a. EU-Institutionen zu beraten oder auch Strategiepapiere zu publizieren.

BG 13 Politik und Wirtschaft	Exkursion nach Brüssel	09.11. - 10.11.2016
 	„Europäische Politik live erleben“ SchülerInnen berichten	 



FAZIT: Die zwei Tage in Brüssel waren eine große Bereicherung für Schülerinnen, Schüler und auch Tutoren. Die Arbeit der Europäischen Union wurde nachvollziehbarer und die Komplexität der Kommunikations- und Abstimmungsprozesse noch deutlicher. Unser Eindruck war, dass alle unsere Kontaktpersonen mit großer Überzeugung und Engagement an einer gemeinsamen europäischen Idee arbeiten.

Ein Bericht von den Lernenden der ARS: **Noelle Baier, Karoline Hilb, Lena Hannappel, Hatice Ukan, Alexander Young, Moritz Bode, Selina Boecher, Joel Zey, Emily Seip, Ramona Metternich, Darleen Röhricht, Henrik Thomer, Paulina Kramer**

der PPC: **Fabian Krauss, Hannah Droste, Jeremias Elbert, Philipp Schupp**